

Ist Sex mit Fremden „kein Problem?“

Corona Bündnis gegen Menschenhandel und (Zwangs-)Prostitution kritisiert, dass Bordelle wieder öffnen dürfen.

Aalen. Prostituierte dürfen wieder arbeiten. In Baden-Württemberg ist Anfang der Woche das coronabedingte Betriebsverbot von Bordellen aufgehoben worden. Das stößt auf scharfe Kritik des Ostalb-Bündnisses gegen Menschenhandel und (Zwangs-)Prostitution.

Das Corona-Virus werde am häufigsten bei wechselnden engen Kontakten in geschlossenen Räumen, bei körperlicher Aktivität und in einem kaum kontrollierbaren Umfeld verbreitet, schildert Marietta Hageney, Leiterin der Geschäftsstelle des Ostalb-Bündnisses in einem Schreiben an diese Zeitung. Die Bundesregierung gebe vor, dass die Menschen mit vielfältigen coronabedingten Einschränkungen zu leben hätten – Maskenpflicht, Kontaktbeschränkungen, viele Menschen dürften nur unter schärfsten Auflagen arbeiten. Hageney: „Bordelle aber dürfen öffnen, vorausgesetzt, es gibt ein schlüssiges Hygienekonzept und die Kontaktdaten der Freier werden hinterlassen.“

Bereits im August habe das Ostalb-Bündnis dem Robert Koch Institut (RKI) deutliche Fragen zu Hygienekonzepten der Bordelle gesandt: Zum Beispiel, „wie sexuelle Dienstleistungen mit einem ‘schlüssigen’ Hygienekonzept im Abstand von 1,5 Metern erbracht werden können?“ Hageney: „Eine Antwort kam bis heute nicht.“ Laut RKI habe es keine erkennbaren Hotspots durch Sexarbeit gegeben. Hageney fragt: „Wie denn auch – die Freier, die sich im Bordell mit Corona infiziert haben, werden wohl kaum zu Hause freimütig vom letzten Puffbesuch berichten.“ Es sei „naiv“, zu glauben, dass Freier dort korrekt ihre persönlichen Daten hinterlassen.

Gesundheitsminister Spahn bitte die Bevölkerung, von Familienfeiern und anderen Festen abzusehen – „aber Sex mit Fremden und ausgesprochen schwierigen Nachverfolgungsmöglichkeiten scheint kein Problem zu sein“, prangert Hageney an.

Vor der Gewährleistung von Berufsfreiheit stehe der staatliche Schutz von Gesundheit und Leben. Das werde durch die Aufhebung des Betriebsverbots von Bordellen aufs Größte missachtet, kritisiert das Ostalb-Bündnis.